

Arbeitsschwerpunkt Menschenrechts- arbeit

(Georg Wimmer, Eszter Mak,
Günther Marchner)



Allgemeine Infos:

Kontakt:

Georg Wimmer

0662/451290-14 oder
0676/8746-6666

office@menschen-
rechte-salzburg.at

www.menschen-
rechte-salzburg.at

Kirchenstraße 34
5020 Salzburg

Projekt-

Mitarbeiter*innen

Eszter Mak (Mensch-
enrechtsschule)

Nedžad Mocevic
(Melete)

Sprecherin

Barbara Sieberth
Christine Dürnfeld

Koordinierungsteam

Christine Dürnfeld
Ursula Liebing
Günther Marchner
Josef Mautner
Barbara Sieberth
Maria Sojer
Georg Wimmer
Anton Cornelia Witt-
mann
Mecbure Yozgat

Plattform für Menschenrechte

Aus organisatorischer Sicht war das Jahr 2020 in der Plattform geprägt von Planungsunsicherheit, der Anwendung neuer Veranstaltungsformate sowie einem raschen Reagieren auf die Nöte von verletzlichen Gruppen in der Pandemie. So organisierte die Plattform zwischen März und Juli des Jahres in Zusammenarbeit mit der Katholischen Aktion Salzburg eine unbürokratische Soforthilfe für in Not geratene Personen. Dieser Corona-Solidaritätsfonds nahm vorübergehend sämtliche Kapazitäten des Plattform-Büros in Anspruch.

Inhaltlich standen im Jahr 2020 klassische Menschenrechtsthemen im Vordergrund. Dazu zählen das Recht auf faire Asylverfahren, die Anti-Rassismus-Arbeit, das Eintreten für Religionsfreiheit sowie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Ab der Jahresmitte 2020 rückte insbesondere die Situation von Geflüchteten in den Lagern auf den griechischen Inseln in den Mittelpunkt, verbunden mit der Forderung freie Betreuungsplätze in Salzburg zu nutzen. Diese Aktivitäten werden unter dem Titel „Salzburg hat Platz“ voraussichtlich auch im Jahr 2021 eine wichtige Rolle spielen.

Corona-Solidaritätsfonds: Hilfe in 176 Fällen

Menschen ohne finanzielle Reserven oder Zugang zum Sozialsystem sind von Krisen besonders schwer betroffen. Um gerade diesen Menschen rasch und unbürokratisch zu helfen, hat die Plattform in Zusammenarbeit mit der Katholischen Aktion den Corona-Solidaritätsfonds ins Leben gerufen. Schon zehn Tage nach dem ersten Lockdown im März 2020 konnten in Not geratene Personen mit jeweils rund € 200 unterstützt werden.

Der Fonds war von Anfang an als Soforthilfe für besonders verletzte Gruppen gedacht: für Alleinerziehende, für Reinigungskräfte, die nur teilangestellt arbeiteten oder gar nicht gemeldet waren; für Apropos-Verkäufer*innen; für Sexarbeiter*innen, für Menschen mit Asyl, die sich gerade erst selbständig gemacht hatten uvm. In allen Fällen ging es um akute Geldnöte wegen Verdienstauffällen, die nicht kompensiert werden konnten; wenn kein Geld da war für die Miete; kein Geld, um die laufenden Schulden zu zahlen; kein Geld, um Hygiene-Artikel oder Essen für die Familie einzukaufen und schon gar kein Geld, um Internet und ein Notebook zu besorgen, damit die Kinder beim Home-Schooling mitmachen können.

Diese rasche Hilfe wurde möglich, weil die Katholische Aktion € 2.500 in den Fonds eingebracht hatte und die Plattform gleichzeitig mit dem Spendensammeln beginnen konnte. In der Folge wurde der Fonds von weiteren kirchlichen Einrichtungen wie dem Arbeitslosenfonds der Diözese und noch viel mehr von vielen privaten Spender*innen gespeist. So konnten wir hilfsbedürftige Menschen in Salzburg bis Ende Juni mit mehr als € 30.000 unterstützen. Abgewickelt wurden insgesamt 176 Unterstützungsfälle, darunter sehr viele Familien, sodass die Zahl der Begünstigten viel höher lag.

Der Fonds zeigte einerseits, wie gut die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen in Salzburg funktionieren kann. Zu nennen sind hier etwa die Caritas-Sozialberatung, Armut teilen oder auch Vinzidach. Andererseits war von Anfang an klar, dass die Plattform angesichts des Aufwandes einen solchen Fonds auf Dauer nicht stemmen kann. Die Fälle wurden vom Plattform-Mitarbeiter im Home-Office telefonisch entgegengenommen. Auf Basis seiner schriftlichen Dokumentation entschieden zwei ehrenamtliche Mitarbeiterinnen im Koo-Team, welche Personen bzw. welche Familien Unterstützung in welcher Höhe bekommen. Die ehrenamtliche Kassierin der Plattform übernahm schließlich die Überweisungen. Der Fonds wurde mit Juli eingestellt.

Protest gegen Ausschreibung der Frauenhäuser

Die Plattform schloss sich im Jänner dem Protest von zahlreichen Organisationen der Salzburger Zivilgesellschaft gegen die Neu-Ausschreibung der Frauenhäuser an. Stattdessen sollten die bestehenden Frauenhäuser erhalten bleiben. Das Vorhaben, neue Konzepte und Ideen zu entwickeln und umzusetzen, wie die von Landesrätin Andrea Klambauer im Pinzgau geplanten Übergangswohnungen, wurde von der Plattform begrüßt. Dabei kann es auch sinnvoll sein, überholte Strukturen zu überdenken. Allerdings sollten bei konzeptionellen Neugestaltungen die Expertinnen der bestehenden Frauenhäuser miteinbezogen werden. Auch die Errichtung weiterer Schutzunterkünfte im Bezirk Tamsweg und im Bezirk St. Johann wäre ein wichtiger Schritt im Kampf gegen häusliche Gewalt. Die Plattform forderte gemeinsam mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft die zuständige Landesrätin deshalb auf, einen konstruktiven, inhaltlichen Diskurs zur Neuausrichtung der Salzburger Frauenhäuser aufzunehmen.

Abbau von Barrierefreiheit verhindert

Auf viel Kritik stieß 2020 eine geplante Gesetzesnovelle, mit der die Standards für Barrierefreiheit beim öffentlichen Wohnbau im Bundesland Salzburg ausgehebelt werden sollten. Demnach müssten neue Gebäude bis drei Stockwerke keinen Lift mehr einbauen. Die Landesregierung erwartete sich davon eine Senkung der Errichtungskosten im genossenschaftlichen Wohnbau. Die Maßnahme hätte aber Nachteile für ältere Menschen, Familien mit kleinen Kindern oder Menschen mit Behinderungen. Dass bisher geltende Vorschriften für Barrierefreiheit fallen sollten, kritisieren mehrere Organisationen, die sich für die Rechte von Menschen mit Behinderungen einsetzen. So etwa der österreichische Behindertenrat, der Klagsverband oder bizeps. Die Plattform war mit ihrer Mitgliedsorganisation Verein knack:punkt – selbstbestimmt mehrmals öffentlich gegen die Novelle aufgetreten. Hauptargumente: die Novelle verstößt klar gegen die Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, die Österreich unterzeichnet hat. Und zweitens führen in Salzburg keinesfalls die Ausgaben für Barrierefreiheit zu hohen Wohnungskosten, sondern die Spekulation mit Grund und Boden. Nachdem die Grünen in der Landesregierung aufgrund der vielen Proteste aus der Zivilgesellschaft im Juni ihre Zustimmung zu dem Gesetz zurückzogen, wurde die Novelle vorerst nicht beschlossen.

Online-Forum „Der Islam passt nicht zu Österreich“

Der Online-Vortrag „Der Islam passt nicht zu Österreich“ von Prof. Wolfgang Aschauer von der Uni Salzburg fand am 10. November statt, wenige Tage nach dem Terroranschlag in Wien. Entsprechend groß war das Interesse: Mehr als 100 Teilnehmende aus vielen Teilen Österreichs waren bei dieser Veranstaltung dabei, die in Kooperation mit der Muslimischen Jugend

Salzburg organisiert wurde. Ein Vertreter der Islamischen Gemeinde Österreichs war ebenfalls eingeladen mitzudiskutieren. Vortrag wie auch die rege Diskussion im Anschluss zeigten klar: Vorurteile gegen Angehörige muslimischen Glaubens sind in Österreich stark verbreitet. Knapp 70 Prozent der österreichischen Bevölkerung sind der Meinung, dass der Islam nicht in die westliche Welt passt. Das hat Wolfgang Aschauer von der Uni Salzburg in seiner Studie „Einstellungen zu Muslimen in Österreich“ erhoben. In der Diskussion berichteten viele Muslime aber ebenso, dass sie gerade nach den Anschlägen viele Solidaritätsbekundungen erhalten haben, weil in der Öffentlichkeit Muslime häufig generell als Extremisten dargestellt wurden.



Forum Rassismus

Menschen mit nicht weißer Hautfarbe werden von der Exekutive häufig schlecht behandelt und deutlich öfter kontrolliert. Das war der Tenor auf dem ersten Forum zum Thema „Rassismus und die Polizei?“, zu dem die Plattform am 9. Oktober in den Antonius-Saal eingeladen hatte. Betroffene sollten hier die Möglichkeit haben, in einem geschützten Rahmen ihre Erlebnisse mit der Polizei zu schildern, wie sie informell immer wieder an die Plattform Menschenrechte oder an die Anti-Diskriminierungsstelle in der Stadt herangetragen werden. Zehn Personen waren zu diesem Forum erschienen, eine Zahl, die möglicherweise auch auf die Unsicherheit in Zusammenhang mit Covid zurückzuführen ist. Berichtet wurde vor allem über Erfahrungen mit dem so genannten Racial Profiling. Das bedeutet, dass Sicherheitsbeamt*innen Menschen aufgrund ihres Aussehens kontrollieren und nicht aufgrund eines begründeten Verdachtes. Nicht das Verhalten einer Person führt somit zur Kontrolle, sondern deren äußerliche Merkmale. Von der Hautfarbe wird letztlich darauf geschlossen, ob eine Person potentiell gefährlich oder kriminell sein könnte, was natürlich völliger Unsinn und in Österreich auch verboten ist. Eine Frau aus Salzburg mit ghanaischem Hintergrund berichtet, wie demütigend sich das ständig wiederkehrende Prozedere im Bus oder im Zug nach München anfühlt. „Es geht ja nicht darum, dass man einfach den Pass herzeigt. Die anderen Leute im Abteil schauen alle her und denken sich: Was haben die Schwarzen schon wieder verbrochen? Die Polizei hat sicher einen Grund, dass sie die kontrolliert.“

Zum Recht auf Asyl

Die Themen Recht auf Asyl sowie die Situation von Asylsuchenden standen neben den Aktivitäten rund um den Corona Sozialfonds im abgelaufenen Jahr im Zentrum der Plattform-Arbeit im Jahr 2020. Die Plattform agierte hier auf mehreren Ebenen: Neben öffentlichen Informations-Veranstaltungen ging es immer wieder darum, mit Medienarbeit Missstände und Fehlentwicklungen aufzuzeigen und Bewusstsein zu schaffen. Mit dem Ausbau eines Netzwerkes sowie politischem Lobbying versucht die Plattform, seit Jahresbeginn auf lokaler Ebene den Boden für die Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern auf den griechischen Inseln aufzubereiten. Nach dem Brand im Flüchtlingslager Moria am 9. September rückte das Thema noch mehr in den Fokus der Öffentlichkeit.

Vortrag: Leichter Asyl in Frankreich?

Der Pariser Anwalt Bernard Schmid informierte Anfang März in Salzburg über die Asylpraxis in Frankreich. Hintergrund dieser Veranstaltung war: Asylsuchende, die in Österreich abgewiesen werden, ziehen häufig nach Frankreich weiter. Dort, so heißt es, könne man einen neuen Asylantrag

stellen. Außerdem werde aus Frankreich nicht nach Afghanistan abgeschoben. Tatsächlich gibt es auch innerhalb von Frankreich völlig unterschiedliche Vorgangsweisen, erklärte Schmid vor mehr als 20 Teilnehmenden in Salzburg.



Foto: Plattform für Menschenrechte

Vortrag Bernhard Schmid

Flüchtlingsforum mit ehrenamtlich Engagierten

Die Sichtweisen von ehrenamtlichen Unterstützer*innen standen diesmal im Zentrum des Salzburger Flüchtlingsforums, das am 10. Februar im ABZ stattfand. Die aufzeigten Probleme reichten von unfairen Asylverfahren bis zu fehlenden Angeboten für Deutschkurse. Dieses bereits 6. Flüchtlingsforum fand im Rahmen des Miteinander Wachsen Café statt. Dieses Netzwerk von ehrenamtlichen Unterstützer*innen trifft sich einmal im Monat zum Austausch. Die Unterstützer*innen kommen aus allen Bezirken des Bundeslandes. Die aufzeigten Probleme waren im Grunde überall dieselben: Es gibt viel Fälle, wo die Anträge Asylsuchender mit der Begründung abgewiesen wurden, sie hätten sich zu wenig integriert. Dies, obwohl die Personen zahlreiche schriftliche Nachweise von ehrenamtlichen Tätigkeiten beigelegt hatten, obwohl sie sich in Vereinen engagiert und private Netzwerke aufgebaut hatten. Weil es keine Möglichkeit zur Lehre gibt und auch keine Arbeitserlaubnis, wächst bei vielen Personen der Druck, im Rahmen der „Neuen Selbständigkeit“ eine Tätigkeit aufzunehmen - etwa als Paket-Zusteller, was oft gleichbedeutend ist mit Ausbeutung. Gerade die Situation von Menschen aus Afghanistan löst viel Frustration bei den Unterstützer*innen aus, weil Personen oft jahrelang begleitet wurden, sich hochmotiviert um Integration bemüht haben und dann doch abgeschoben wurden.

Salzburg hat Platz für Geflüchtete

Kurz nach Ostern 2020 ist Luxemburg das erste EU-Land, das minderjährige unbegleitete Geflüchtete aus den Lagern in Griechenland übernimmt. Auch Deutschland, Frankreich, Irland, Finnland, Portugal, Bulgarien, Kroatien und die Schweiz nehmen Kinder aus den Flüchtlingslagern auf. Österreich unter der Führung von Kanzler Kurz ist hingegen Teil einer Koalition der Hartherzigen. Eine konstruktive Lösung müsste aber auf EU-Basis erfolgen. Weil Österreich sich hier verweigert, koordiniert die Plattform für Menschenrechte einen Beitrag zur Lösung dieser humanitären Katastrophe, der von unten kommt: aus den Ländern, Städten und Gemeinden. Die Plattform Menschenrechte sammelt Erklärungen von Pfarren, Vereinen und Organisationen, die bereit sind, Geflüchtete in Salzburg unterzubringen oder während ihres Aufenthaltes zu betreuen: beim Deutschlernen, bei Arztbesuchen, bei Behördengängen, mit psychotherapeutischer Versorgung etc. Bis Jahresende sagen zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft ihre Beteiligung



@fazelfotografie

Foto: @fazelfotografie

an der Aktion zu – darunter auch das ABZ sowie 12 Pfarren in Stadt und Land Salzburg. Sogar die Vollversammlung der Salzburger Arbeiterkammer beschließt die Initiative Salzburg hat Platz zu unterstützen. Bürgerliste, NEOS und KPÖ plus bringen im Dezember im Gemeinderat den Antrag ein, dass die Stadt „Salzburg hat Platz“ unterstützen und dem Bündnis „Sicherer Hafen“ beitreten soll. Salzburg würde sich damit bereiterklären, Schutzsuchende aus den Lagern an den EU-Außengrenzen sowie aus Seenot gerettete Menschen aufzunehmen. Der Antrag wird nun in einem Ausschuss behandelt.

Vorangetrieben wird die Forderung nach Aufnahme von Geflüchteten aus den Lagern schon seit Längerem von der internationalen Bewegung See-



Foto: Plattform für Menschenrechte

brücke mit dem Motto: Wir brauchen solidarische Städte und sichere Häfen. In Deutschland haben sich bereits 180 Städte zu sicheren Häfen erklärt und bieten an, Geflüchtete aufzunehmen und zu betreuen. Die Plattform Menschenrechte setzt an verschiedenen Stellen den Hebel an, damit auch die Stadt Salzburg so ein sicherer Hafen wird. Infos und Erfahrungswissen dazu, wie lokale Initiativen die Aufnahme von

Geflüchteten unterstützen können, lieferten am 13. Oktober Liza Pflaum von der Bewegung Seeberücke und Ursula Löbel (Tolerantes Potsdam). Aufgrund der beschränkten Reisemöglichkeiten waren beide online zugeschaltet, während Interessierte physisch im ABZ anwesend waren.

VertretungsNetz mit Rose der Menschenrechte ausgezeichnet

Die Plattform würdigt alljährlich den besonderen Einsatz für Menschenrechte in Stadt und Land Salzburg mit der Verleihung der Rose für Menschenrechte. In diesem Jahr ging der Preis an das VertretungsNetz, das sich in vorbildlicher Weise für die Rechte von Menschen mit beschränkter Entscheidungsfähigkeit einsetzt. Die Mitarbeiter*innen bieten Unterstützung und rechtliche Vertretung, beispielsweise wenn eine Person zwangsweise auf einer psychiatrischen Abteilung untergebracht wird. Der gemeinnützige Verein setzt sich ebenso für die Rechte von Menschen mit psychischen Erkrankungen oder intellektuellen Beeinträchtigungen ein, wenn es zu Freiheitsbeschränkungen in Pflegeheimen, Behinderteneinrichtungen oder Krankenhäusern kommt. Die Verleihung dieses Salzburger Menschenrechtspreises erfolgt traditionell am 10. Dezember zum Internationalen Tag der Menschenrechte auf einer öffentlichen Veranstaltung. Diesmal übergab Sprecherin Christine Dürnfeld die Rose im Rahmen einer TV-Sendung beim Freien Fernsehen FS1 an Norbert Krammer, Bereichsleiter vom VertretungsNetz für Salzburg und Tirol.



Foto: Plattform für Menschenrechte

Salzburger Menschenrechtsbericht

Von Diskriminierungen bei Ämtern und Behörden bis zur Abschiebung von gut integrierten Asylsuchenden. Vom Kampf um die Barrierefreiheit im Wohnbau bis zur konkreten Hilfe für Menschen, die aufgrund der Corona-Krise in Not geraten sind. Der Salzburger Menschenrechtsbericht 2020 dokumentierte wieder ein breites Spektrum an menschenrechtlichen Problemlagen im Bundesland. Rassismus und Diskriminierung finden auch in Salzburg statt. Das betonte Barbara Sieberth von der Anti-Diskriminierungsstelle in der Stadt Salzburg und zugleich einer der Sprecherinnen der Plattform Menschenrechte bei der Online-Präsentation des Berichtes vor zahlreichen Journalist*innen. Der Salzburger Menschenrechtsbericht erschien in einer Auflage von 750 Stück und ist über die Website der Plattform online abrufbar.

Menschenrechtsbildung

Menschenrechtsschulen und -Kindergärten in der Stadt Salzburg
Das Projekt „Menschenrechtsschulen und -Kindergärten in der Stadt Salzburg“ wurde 2015 gemeinsam mit der NMS Lieferung und der VS Lieferung 2 gestartet. Wichtig war dabei ein ganzheitlicher, sozialräumlicher und am normativen Rahmen der Menschenrechte orientierter Zugang. Seitdem sind folgende Einrichtungen bzw. Organisationen dazugekommen: VS Itzling,

gefördert durch:



gefördert durch:



Kindergarten Itzling 2, Kinderfreund*innen, ABZ – Haus der Möglichkeiten, Caritas-Schule für Sozialbetreuungsberufe, Caritas- Kolleg für Sozialpädagogik, Jugendzentrum IGLU. Durch die Pandemie war es wichtig, eine unterstützende Begleitung der am Projekt Beteiligten aufrechtzuerhalten. Besprechungen und Workshops fanden via Skype und Zoom statt. Die Büroarbeiten wurden in Telearbeit erledigt. Für einen späteren Zeitraum geplante Büroarbeiten wurden vorgezogen. für Tätigkeiten vor Ort, für die es keine digitalen Alternativen gab, wurden neue Termine vereinbart.

Mit Beginn des Jahres 2020 war geplant, einen neuen Projektschwerpunkt am Standort des Campus Mirabell im Andrä-Viertel zu starten, was trotz der Coronakrise gelungen ist. Zudem konnte das Jugendzentrum IGLU als Projektpartner gewonnen werden. Am 11. März 2021 wird das erste Treffen des neuen Steuerungsteams stattfinden, wo auch die Direktorinnen der Volksschule und der Neuen Mittelschule dabei sein werden. Ein intensiver Projektstart ist für September geplant.

gefördert durch:



Workshops mit dem Salzburger Kompass Menschenrechte

Die meisten der Workshops in diesem Jahr fielen der Covid-Pandemie zum Opfer. Lediglich ein Workshop konnte wie geplant mit Schüler*innen in der Josef Preis-Allee durchgeführt werden. In diesem Fall stand das Thema Rassismus im Zentrum der angeregten Diskussion mit 15- und 16jährigen Jugendlichen. Workshops lassen sich zwar auch online gut halten, für die Caritasschule für Sozialberufe konnte ein solcher auch mit sehr guten Rückmeldungen stattfinden. In diesem Fall stand das Thema „Diskriminierung“ im Vordergrund. Grund für die Absage der Workshops war durchwegs die Planungsunsicherheit auf Seiten der Schulen, die sich von Woche zu Woche neu orientieren mussten, für schulfremde Veranstaltungen gab es somit keinen Spielraum.

gefördert durch:



Projekt Melete+ - Wege zur Bildung

Im Rahmen des Gesamtprojekts „Melete+ - Wege zur Bildung“ übernahm die Plattform für Menschenrechte in Kooperation mit Frau und Arbeit die Konzeption und Umsetzung der Schwerpunkte „Peers werden Lots*innen/Lehrgang für Bildungslots*innen“ und „Partizipative Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungsteilhabe und gesellschaftlichen Teilhabe von Migrant*innen“. Diese Schwerpunkte wurden zum Teil mit den im Jahr 2019 qualifizierten Bildungslots*innen umgesetzt. Zu einigen Angebotsideen wurden Inputs aus der Projektwerkstatt aufgegriffen und ausdifferenziert.



Dazu gehören insbesondere folgende Maßnahmen:

- Niederschwellige Portfolio-Workshops mit jungen, erwachsenen Männern aus bildungsfernen Familien
- Einzelberatungen/Online-Coachings
- Entwicklung und Planung von neuen Angeboten (Veranstaltungen/Projekte)

Die Zielgruppe der Portfolio-Workshops waren junge Männer im Alter von 18 bis 25 Jahren mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen, jedoch alle aus sozial benachteiligten Familien stammend, mit Migrationshintergrund. Diese Männer waren dabei, einen Schritt weiter als ihre Elterngeneration im Sinne des sozialen Aufstiegs zu machen: entweder durch Bildung, Lehre, Studium, Beruf, Selbstständigkeit etc. Trotz der beachtlichen Entwicklung, die sie hinter sich haben, gibt es Bedarf nach Unterstützung auf unterschiedlichen Ebenen: Wissensebene, Gefühlsebene und Handlungsebene. Es fanden drei Workshops mit jungen Männern aus irakischen, iranischen, arabischen, afrikanischen, russischen und tschetschenischen, kurdischen, bosnischen und

türkischen „Communities“ statt. Im Anschluss an die verschiedenen Angebote konnten sie individuell beraten und begleitet werden.

Die Corona-Pandemie erschwerte die Arbeit mit der Zielgruppe erheblich, da eine lange Zeit persönliche Treffen nicht möglich waren und das ABZ aufgrund der vorübergehenden Schließung nicht in Frage kam. Alternativen in Form von online-Angebote konnten einiges abfedern. Der Nachteil war jedoch, dass man jene Männer, zu denen man über Monate eine Beziehung aufgebaut hatte – und die mit online-Medien nicht vertraut waren – ziemlich schnell wieder verlor.

Personelles

Die bedeutendste personelle Veränderung im Jahr 2020 erfolgte durch die Wahl von Christine Dürnfeld zur Sprecherin. Die Wahl erfolgte durch die Mitgliedsorganisationen der Plattform im Plenum. Mit Barbara Sieberth und Christine Dürnfeld verfügt die Plattform somit wieder über ein Sprecherinnen-Tandem, was angesichts der umfangreichen (ehrenamtlich zu leistenden) Aufgaben eine wichtige Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der Plattform darstellt.

Aus dem Koordinierungsteam ausgeschieden ist nach vielen Jahren engagierter Tätigkeit Adis Serifovic. Für die Arbeit im Koordinierungsteam gewonnen werden konnte mit Anton Cornelia Wittman eine Person mit ausgewiesener Expertise in Trans- und Genderfragen.

Im Förderverein der Plattform für Menschenrechte wurden die Kassa-Angelegenheiten an Mecbure Yozgat übertragen, nachdem Maria Sojer diese Aufgaben über viele Jahre hinweg äußerst sorgsam und sachkundig erledigt hatte.

Eszter Mak, Günther Marchner, Nedzad Mocevic, Georg Wimmer



gefördert durch:

